



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 17.12.2019

Niederschrift

über die **37. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 03.12.2019, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Frank Hauser	GRÜNE
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ulf Florian	SPD
Herr Dieter Gruner	auf Vorschlag der CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov Integrationsrat

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Martina Kanis auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir AFD

Frau Judith Wolter

Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Hedwig Drießen Seniorenvertretung der Stadt Köln

Beratende Mitglieder

Frau Helga Schlapka auf Vorschlag der SPD

Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, eröffnet die Sitzung. Er berichtet von der derzeit stattfindenden Demonstration zur Bürgereingabe Egonstraße vor dem Rathaus. Er habe der Petentin erklärt, dass solange keine Verwaltungsvorlage vorliege, das Thema nicht im Ausschuss behandelt werden könne. Heute habe ihn eine ergänzende Eingabe zur Egonstraße erreicht, in der die Sicherung der Siedlung auch durch ein Rechtsgutachten unterstützt werde. Auch durch die heutige Ergänzung sei eine Behandlung des Themas in der heutigen Sitzung ausgeschlossen. Herr Thelen wird der Initiative schreiben.

Herr Schneider, SPD, erwartet, dass die Verwaltung alsbald eine Lösung vorstelle. Die Eingaben würden zeigen, dass es Irritationen gebe. Man müsse bedenken, dass es hier um Menschen und deren Lebensraum gehe. Dies solle man nicht mit Wartezeiten und Lösungen, die keine sind, strapazieren.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 1.1 zurückgestellt: Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr.: „Öffentliche Bereitstellung der bekannten Beacons auf verschiedenen Plattformen“
2802/2019

- 1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Klimanotstand und Kölner Lichter
2673/2019
- 1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Förderung E-Fahrzeuge“, AZ: 159/19 B
3419/2019
- 1.4 Bürgereingabe gemäß § 24 GO – Schaffung eines Referates „Stadtgeschichte“ im Kulturamt Az: 185/18
3948/2019
- 1.5 Bürgereingabe gemäß §24 GO - Hochbahntrasse für Stadtbahnlinie 7
3213/2019

2 Mitteilungen

- 2.1 Eingabe nach § 24 GO NRW - Beitragssatzung für Elternbeiträge, Az: 254/19
3975/2019
- 2.2 Reduzierung von Feinstaub und CO2-Belastung
hier: Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden in der
Sitzung vom 29.10.2019, TOP 1.5, Vorlagen-Nr. 2704/2019
3989/2019

3 Anfragen

- 3.1 Mündliche Anfragen
 - 3.1.1 Sachstand Beschluss Fußgängerbeauftragter
- 3.2 Schriftliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

1.1 zurückgestellt: Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr.: „Öffentliche Bereitstellung der bekannten Beacons auf verschiedenen Plattformen“ 2802/2019

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, berichtet von einem Telefonat mit der Stabsstelle Digitalisierung, die sich für die lange Bearbeitungszeit entschuldige. Die Stadtwerke wurden einbezogen und haben zwischenzeitlich geantwortet. Die Vorlage sei aber noch nicht freigegeben und die Stabsstelle könne aufgrund anderer Termine heute nicht an der Sitzung teilnehmen. Daher erwarte man in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden die Beantwortung der Fragen. Ansonsten müsse man vermuten, dass der Petent die richtige Frage gestellt habe.

Herr Schneider, SPD, ergänzt, dass man durch Internetrecherche erfahren habe, dass ein namhafter Plakatwerber, der auch im Zusammenhang mit dem Stadtwerbekonzept unterwegs sei, bundesweit über 100.000 Beacons an seinen Plakatwänden aufgehängt habe. Daher sei die Frage aktueller denn je und, ob das mit den Werbeverträgen der Stadt Köln konform gehe.

1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Klimanotstand und Kölner Lichter 2673/2019

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, kritisiert dass einige der Eingabe beigefügte E-Mails in Inhalt und Formulierung grenzwertige seien. Sie weist auf das enorme ehrenamtliche Engagement der Ausschussmitglieder hin, die sich bemühen, das Bestmögliche für die Bürger möglich zu machen. Sie möchte so nicht angeschrieben werden, auch wenn die E-Mails nicht persönlich an sie gerichtet seien. Sie bittet die höfliche Form zu wahren und sachliche Anregungen oder Beschwerden vorzubringen. Das müsse auch in Zeiten des Klimanotstandes möglich sein.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petentinnen und Petenten für Ihre Eingaben.

Die Verwaltung wird gebeten,

1. ihre Bemühungen in Zusammenarbeit mit dem Veranstalter hinsichtlich umwelt- und gesundheitsfreundlicher Alternativen bei der Durchführung der Kölner Lichter fortzusetzen.
2. zu prüfen, welche Möglichkeiten sie grundsätzlich hat, um (Groß-) Veranstaltungen, wie die Kölner Lichter, umwelt- und klimafreundlicher und/oder klimaneutral zu gestalten. Hierbei soll ein besonderer Fokus auf die Bereiche Verkehr- und Abfallvermeidung gelegt werden.

Das Prüfergebnis wird dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sowie dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsvergabe / Vergabe / Internationales zur Kenntnis vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Förderung E-Fahrzeuge“, AZ.: 159/19 B 3419/2019

Herr Dr. Waluga, Dezernat Mobilität und Verkehrsinfrastruktur, erläutert, dass der Petent die Förderung von E-Fahrzeugen und eine Förderung von Elektromobilität wie in München anregt. Die Eingabe beinhalte damit die drei Elemente, Förderung der Elektroleichtfahrzeuge der EG-Klassen L1e bis L7e, die Ladeinfrastruktur und die Beratungsleistungen zum Thema Elektromobilität. Der Petent verweise auch auf die Förderung von Lastenfahrrädern durch die Stadt Köln. Diese wurden mit 1,9 Mio. € gefördert. Grundsätzlich beabsichtige die Verwaltung im Sinne des Strategiepapiers KölnMobil 2025 2/3 des innerstädtischen Verkehrs auf den Umweltverbund zu verlagern und den Rest des motorisierten Individualverkehrs so umweltfreundlich wie möglich abzuwickeln. Dazu zähle auch als ein Element die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte. Die Lastenradförderung zielen auf den innerstädtischen Warentransport ab und nicht auf die Förderung der individuellen Personenmobilität. Privatpersonen könnten nur profitieren, wenn sich mindestens drei Parteien das Lastenrad teilen. Die Fahrzeugklassen L1e bis L4e sind leicht motorisiert und dürfen auf innerstädtischen Radwegen grundsätzlich nicht fahren. Die Fahrzeugklassen L5e bis L7e dürfen mit Fahrerlaubnis ab 16 Jahren gefahren werden. In München werden diese Fahrzeugklassen nur bei Gewerbetreibenden gefördert, um so eine frühe Motorisierung von Jugendlichen zu verhindern. Die Stadt Köln wolle den Sharing-Gedanken fördern, damit es immer weniger Fahrzeuge gebe und die Effizienz durch eine Teilung mit anderen optimiert werde. Der Rat habe bereits beschlossen, dass in den kommenden Jahren 400 Stellplätze im öffentlichen Straßenland in Ladeplätze umgewandelt werden. Die Stadtwerke wurden inzwischen mit der Umsetzung des Konzepts beauftragt. Daher sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit, eine eigene Förderrichtlinie zur Förderung einer Ladeinfrastruktur im privaten Bereich.

Herr Dr. Waluga, weist auf die bereits bestehenden Beratungsleistungen auf Landesebene (www.elektromobilitaet.nrw) hin. Darüber hinaus bieten weitere Verbände wie z. B. IHK Köln, Handwerkskammer Köln, ADAC Nordrhein Beratungen an. Interessenten für Wallboxen können sich an die RheinEnergie AG wenden.

Herr Erkelenz, CDU, bedankt sich bei der Verwaltung für die Darstellung. Er stimmt der Verwaltungsvorlage zu und weist darauf hin, dass es zu diesem Thema schon viele Beschlüsse gebe, die Stadt Köln sehr aktiv im Thema Elektromobilität sei und er halte den Aufbau einer Doppelstruktur nicht für zielführend.

Herr Schneider, SPD, stimmt der Verwaltungsvorlage zu. Er weist darauf hin, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden vor einigen Jahren beschlossen habe, kurzfristig vor dem Stadthaus in Deutz eine Ladestation zu installieren. Hierzu habe der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden keine Mitteilung über die Umsetzung erhalten. Der Stadtbezirk Porz hatte Ende 2017 114.000 Einwohner. Es sollen in den kommenden Jahren 50 Ladestationen im Stadtbezirk errichtet werden. Das erscheint wenig ambitioniert. So hat beispielsweise die Partnerstadt von Porz Hazebrouck in Nordfrankreich mit 16.000 Einwohnern bereits heute über 50 Ladestationen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, führt aus, dass im Rat alle Beschlüsse zur Ladeinfrastruktur gefasst wurden. In der Beschlussvorlage stehe, dass die Eingabe auch zur Ladeinfrastruktur und zu den Beratungsleistungen abgelehnt werde. Das sei inkonsistent. Diese solle ja weiterhin bestehen bleiben. Daher schlage man eine Ergänzung des Beschlussvorschlags vor.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, schlägt, wie in der ausführlichen Begründung der Beschlussvorlage ausgeführt, folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags vor: „Ergänzend wird auf die in der Begründung der Beschlussvorlage genannten Leistungen der Stadtwerke und weiterer Institutionen im Hinblick auf die Beratung und den Ausbau der Ladeinfrastruktur hingewiesen.“

Frau Domke, FDP, stimmt der Beschlussvorlage mit der Ergänzung zu.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich für die Eingabe des

Petenten. Im Hinblick auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Erläuterungen wird eine städtische Förderung von Elektroleichtfahrzeugen der EG-Klassen L1e bis L7e, einer Ladeinfrastruktur und Beratungsleistungen zum Thema Elektromobilität jedoch abgelehnt.

Ergänzend wird auf die in der Begründung der Beschlussvorlage genannten Leistungen der Stadtwerke und weiterer Institutionen im Hinblick auf die Beratung und den Ausbau der Ladeinfrastruktur hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.4 Bürgereingabe gemäß § 24 GO – Schaffung eines Referates „Stadtgeschichte“ im Kulturamt Az: 185/18 3948/2019

Der Petent führt aus, dass er sich seit 20 Jahren mit der Stadtgeschichte beschäftige und diese in Köln ein ungeliebtes, lästiges Stiefkind sei. Im September 2018 habe der erste Tag der Kölner Stadtgeschichte erfolgreich stattgefunden. Man war sich einig, dass ein Marketing für die Stadt Köln positiv sei. In Köln gebe es den Lehrstuhl Public history, dessen Absolventen für eine solche Stelle hervorragend geeignet wären. Laut einer Umfrage des Express, ob man sich für Geschichte interessiere, finden 89 % Geschichte sehr spannend, 2 % als „olle Kamellen“ und 9 % neutral. Er zeigt eine seitenlange Liste mit Links, die sich mit Kölner Stadtgeschichte befassen. Die Infoschilder in Köln, einer Stadt mit einer sehr reichen Stadtgeschichte, sähen wie ein kunterbuntes Durcheinander aus. Es gebe weder ein einheitliches Design noch eine zweisprachige Beschilderung, sodass die vorhandenen Schilder für Touristen eher ungeeignet seien und dies in einer Stadt mit einer derart reichen Stadtgeschichte. Am Gereonswall finde man beispielsweise nirgendwo Infotafeln, dies habe eine sehr schlechte Außenwirkung. Er betont, dass Stadtgeschichte nicht nur in den Museen stattfinde. In Köln gebe es nichts, was die Technikgeschichte der Stadt zeige. Die IAA wolle eventuell Frankfurt verlassen und nach Stuttgart, Berlin oder auch Köln gehen. In Bezug auf Automobilgeschichte schlage man die anderen Städte locker. 1898 habe beispielsweise die Firma Scheele aus Bickendorf eine Goldmedaille in Paris auf einer Weltausstellung aufgrund Ihrer innovativen Elektroautos erhalten. 1905 betrieb die Stadt Köln Elektroautos für Feuerwehrgewagen, Krankenwagen und Müllwagen. Das Ohmsche Gesetz sei in Köln entdeckt worden. Dies sei eine wunderbare Marketingvorlage, doch wenn man das Politik oder Verwaltung sage, sei das Thema schnell erledigt. Daher benötige man eine übergeordnete Stelle, die alles zusammenfasse und einen Marketingplan für das historische Köln erstelle. Der Umgang der Verwaltung mit Ehrenamtlichen sei frustrierend. Von Verwaltungsmitarbeitern habe er gehört, dass das Projekt langsam auslaufe, wenn eine solche Stelle in einem Amt angesiedelt würde. Viele Sammlungen seien an andere Städte verkauft worden, da die Stadt Köln kein Interesse daran hatte. Die Historiker arbeiten kostenlos für die Stadt Köln und mit einer Koordinationsstelle könnte man dann sehr viel erreichen.

Herr Thele, Kulturamt, weist darauf hin, dass die ursprüngliche Eingabe die Einrichtung eines Referats „Stadtgeschichte“ im Kulturamt angeregt habe. Die Ausführungen des Petenten seien nun wesentlich umfassender und er stelle selbst die Ansiedlung in einem Amt in Zweifel. Die Beschlussvorlage gehe auf die ursprüngliche Eingabe ein und lehne ein Referat Stadtgeschichte im Kulturamt ab, weil man den Bezug zur Stadtgeschichte wesentlich näher bei einer anderen Dienststelle sehe. Dennoch sei sich die Verwaltung der Bedeutung der freien Stadthistoriker bewusst. Er verweist auf die Kulturentwicklungsplanung. Unter dem Thema „Gedächtnis der Stadt“ werde der wertvollen Arbeit der Initiativen und freien Akteure zur Stadtgeschichte Rechnung getragen. Es sei beabsichtigt, das Thema „Gedächtnis der Stadt“ innerhalb der Einrichtungen konkret aufzunehmen und ein Konzept zu entwickeln. Die Verwaltung empfehle diesen Prozess abzuwarten. Die Ausführungen des Petenten werde er mitnehmen, wobei diese auch noch viele andere Bereiche betreffen.

Frau Domke, FDP, bedankt sich bei den Petenten für die Eingabe. Es erfüllt sie mit Sorge, dass diese keinen Ansprechpartner hätten. Sie verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 19.03.2019. Es stelle sich die Frage, ob man sich mit den Stadtteilhistorikern ins Benehmen gesetzt habe. Sie bittet daher um Sachstandsmeldung zu dem o.g. Beschluss.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, erklärt, dass sie sich die Frage ebenfalls gestellt habe. Allerdings relativiere sie die Aussagen des Petenten und betont, dass es um Kunst und Kultur in Köln nicht so schlecht bestellt sei. Es gebe bedeutende Sammlungen und bedeutende Museen. Es gebe einige Baustellen, die noch nicht fertig seien. Die Mikwe befinde sich im Bau, die neue Stadtmitte sei beschlossen, das Stadtmuseum strukturiere sich, bedingt durch einen Umzug, neu. Darüber hinaus habe sich ein Verein zur Förderung der Römerstadtmauer gegründet. Köln könne nicht alles zeigen. Köln habe zwar kein Technikmuseum, dafür aber ein Schokoladenmuseum. Zu der zitierten Umfrage müsse es weitere Informationen geben, um zu sehen, ob diese repräsentativ sei. Sie schließt sich daher der Verwaltungsvorlage an, keine eigene Stelle einzuführen, bittet aber die Verwaltung den Sachstand zum Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 19.03.2019 mitzuteilen.

Herr Schneider, SPD, verweist ebenfalls auf den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 19.03.2019, der einen guten Kompromiss dargestellt habe. Es soll einen Austausch zwischen Hobbyhistorikern und Historikern geben, damit nicht noch mehr verloren gehe, als bereits verlorengegangen sei. Er bittet daher um Ergänzung des Beschlussvorschlages Man erwarte, dass regelmäßige Meetings mit Historikern der Stadt Köln und Hobbyhistorikern stattfinden, um Wissen auszutauschen. Er fragt die Verwaltung, ob die im vorletzten Absatz der Begründung der Vorlage angedachten Maßnahmen zum Thema „Gedächtnis der Stadt“ auch dazu geeignet seien, die von dem Petenten gemachten Anregungen zumindest mitzuverarbeiten. Der Petent habe mit seinen Ausführungen nicht ganz Unrecht, dass es viele schöne Dinge gebe, die jedoch für den Fremden unklar seien. Wie dies verwaltungstechnisch ausgefüllt wäre, ob mit Stelle oder ohne, liege in der Entscheidung der Verwaltung. Diese Entscheidung soll aber keinesfalls dazu führen, dass die Anregung im Sande verlaufe.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, weist darauf hin, dass aus seiner Erinnerung im Haushalt 2020 und 2021 für Vereine, die sich mit Stadtgeschichte befassen, 50.000 € eingestellt wurden. Weiterhin informiert er darüber, dass in den Leitprojekten der Kulturverwaltung, wozu auch die Stadtgeschichte zähle, ein verbessertes Kulturmarketing enthalten sei. Die Ausführungen des Petenten sollen bei der medialen Information über die Kölner Kultur berücksichtigt werden. Es sei sicher richtig, wie von Herrn Schneider angeregt, den Beschluss des Ausschusses nochmals zu bekräftigen.

Herr Dr. Höver, Leiter Bürgeramt Innenstadt, teilt mit, dass der Fachverwaltung der Beschluss vorliege. Dies habe Frau Dr. Schmidt-Czaia bestätigt. Auch die Begründung der Beschlussvorlage führe aus, dass das Historische Archiv weiterhin daran arbeite, sich als Bürgerarchiv zu öffnen und verstärkt Partizipation zu ermöglichen. Für diese Maßnahmen sei es vorgesehen, die schon im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung beteiligten Akteure weiterhin als kompetente Partner einzubinden.

Herr Hauser, Grüne, erinnert ebenfalls an den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 19.03.2019. In der Sitzung habe man beschlossen, dass man auf die Sammler zugehen soll, um zu gewährleisten, dass Schätze nicht aus der Stadt verschwinden. Dies gelte natürlich auch für die Historiker. Er erwarte, dass die Kulturverwaltung auf diese Menschen zügig zugehe.

Der Petent vermutet, dass es sich so zäh mit der Stadtgeschichte verhalte, da für Köln nur Kunst Kultur sei und der FC und Karneval. Dies sehe er durch die Reden von Frau Laugwitz-Aulbach, als Kulturdezernentin, zur Eröffnung und zum Abschluss des Kulturentwicklungs-

plans bestätigt. Sie spreche nur darüber, dass Kunst Kultur sei und nicht mit einem Wort werde die Stadtgeschichte erwähnt. Der Ausschuss Kunst und Kultur rede nur über Kunst, nicht aber über Stadtgeschichte. Er habe die Oberbürgermeisterin im Januar/Februar angeschrieben, ob der nächste Tag der Stadtgeschichte im Rathaus stattfinden könne und hierauf noch nicht einmal eine Antwort erhalten. Er habe erfahren, dass dies abgelehnt worden sei, da es sich nicht um eine Veranstaltung der Stadt Köln handle, eine offizielle Antwort habe er nicht erhalten.

Herr Thele, Kulturamt, betont, dass für die Verwaltung klar sei, dass Stadtgeschichte auch Kultur sei. Bei der Kulturentwicklungsplanung hätten Runde Tische stattgefunden. Er nehme mit in die Kulturverwaltung, dass der Austausch zwischen Historikern und Hobbyhistorikern stärker manifestiert werden soll und viele verschiedene Bereiche in der Verwaltung beteiligt seien, wie auch die neue Stelle zum Kulturmarketing und das Historische Archiv.

Frau Domke, FDP, bittet um Angabe, wer der Ansprechpartner für die Hobbyhistoriker sei.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, weist darauf hin, dass die Eingabe sich mit der Schaffung eines Referates zur Stadtgeschichte im Kulturamt befasse. Die Ablehnung hierzu solle bleiben, den Beschluss könne man aber entsprechend ergänzen.

Herr Thelen fasst zusammen, dass es eine große Bereitschaft gebe, viele der angesprochenen Punkte des Petenten aufzunehmen, insbesondere zum Marketing und Gesprächen mit Institutionen. Er fasst den Vorschlag von Herrn Schneider, SPD, zur Ergänzung des Beschlusses wie folgt zusammen:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestätigt seinen Beschluss vom 19.03.2019 (Session-Nr. 3225/2018) Die Verwaltung wird in Kürze den Petenten und dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einen entsprechenden Bericht über die bisherigen Maßnahmen dazu vorlegen. Weiterhin weist der Ausschuss die Kulturverwaltung darauf hin, dass sie bei ihrer Marketingstrategie die Kritik des Petenten an der Außendarstellung, der Darstellung der bedeutenden Denkmäler und historischen Orte berücksichtigen möge. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, einen kompetenten Ansprechpartner für die Hobbyhistoriker zu benennen.“

Herr Thelen erklärt auf weitere Ausführungen des Petenten, dass private Initiativen, wie Ausstellungen und ähnliches, nicht Beratungsgegenstand des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden sind. Solche Anträge seien an anderer Stelle geregelt.

Herr Horn, Grüne, appelliert an die Ausschussmitglieder, dem Petenten zuzuhören und dessen Kritik an der Verwaltung ernst zu nehmen.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für die Bürgereingabe gemäß § 24 GO – Schaffung eines Referates „Stadtgeschichte“ im Kulturamt.

Weiterhin beschließt der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden die Bürgereingabe nicht weiter zu verfolgen.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestätigt seinen Beschluss vom 19.03.2019 (Session-Nr.) Die Verwaltung wird in Kürze den Petenten und dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einen entsprechenden Bericht über die bisherigen Maßnahmen dazu vorlegen. Weiterhin weist der Ausschuss die Kulturverwaltung darauf hin, dass sie bei ihrer Marketingstrategie die Kritik des Petenten an der Außendarstellung, der Darstellung der bedeutenden Denkmäler und historischen Orte berücksichtigen möge. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, einen kompetenten Ansprechpartner für die Hobbyhistoriker zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.5 Bürgereingabe gemäß §24 GO - Hochbahntrasse für Stadtbahnlinie 7 3213/2019

Der Petent stellt seine Eingabe vor. Er erwarte nicht, dass der Eingabe heute zugestimmt werde, sondern rege an, dass es weitere Untersuchungen geben soll. Da laut Beschlussvorlage eine Hochbahn bezüglich der Stadtgestaltung problematisch sein soll, bittet er den Stadtentwicklungsausschuss ebenfalls zu beteiligen. Eine ebenerdige Bahn sei kritisch im Hinblick auf die Stadtteilentwicklung. Er sieht auch einen Vorteil der Hochbahn bei einem Hochwasser.

Herr Matzel, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, bedankt sich für die Anregung. Gerade auch bei Neubauprojekten würden Bürgeranhörungen gemacht. Allerdings sei bei der Linie 7 zurzeit keine neue Planung beabsichtigt. Abgesehen von den hohen Kosten einer Hochbahn habe diese auch große Nachteile für die Bewohner an der Hochbahntrasse sowie im Hinblick auf Stadtgestaltung und Hochwasserschutz. Die Stützen könnten nicht alle im Straßenbereich untergebracht werden. Da es eine funktionierende ebenerdige Stadtbahnstrecke gebe, stelle sich die Frage einer Hochbahn für die Linie 7 nicht.

Herr Schneider, SPD, kritisiert, dass die Verwaltung nichts plane und man daher mit Vollgas ins Verderben fahre. Außerdem verstehe er nicht, warum die BV 7 nicht auch in der Vorberatung beteiligt wurde. Das Nadelöhr der Linie 7 liege in der Raiffeisenstraße in Poll. Durch die Neubaugebiete Poller Damm, Zündorf Süd und den Deutzer Hafen steige die Verkehrsbelastung in den nächsten Jahren stark an. Er unterstütze nicht den Bau einer Hochbahn. Spätestens im Hinblick auf den Deutzer Hafen müsse es, wie seit zwei bis drei Jahren angekündigt, ein Verkehrsgutachten geben, doch dies sei nach seiner Kenntnis noch nicht beauftragt. Die Verwaltung sei völlig planlos, was mit dem Nadelöhr Raiffeisenstraße gemacht werde, daher bittet er dringend zumindest mit der Erarbeitung einer Lösung zu beginnen.

Her Heumann, Die Linke, führt aus, dass er beispielsweise in Weidenpesch nicht den Eindruck habe, dass der Stadtteil durch die Linien 12 und 15 zerschnitten werde. Eine Hochbahn oder auch eine Schwebbahn wie in Wuppertal seien eine spannende Idee, weil sie auch auf lokale Besonderheiten reagierten. Die Trasse führe in Wuppertal-Vohwinkel jedoch entlang der B 228. Die Wohnungen und Geschäfte unterhalb der Schwebbahn seien äußerst unattraktiv, weil sie dunkel und lärmbelastet seien. Er spricht sich gegen eine solche Lösung in Köln aus.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Innenstadt der Verwaltungsvorlage zugestimmt habe. Es müsse nach alternativen Beförderungsmöglichkeiten gesucht werden, von Seilbahnen über den Rhein bis hin zu Wasserbussen. Solche Ideen müssten im Verkehrsausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss in innovativen Workshops erarbeitet werden. Hier sei der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der falsche Ansprechpartner. Sie schließt sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt und damit der Verwaltungsvorlage an. Natürlich habe man sich auch gefragt, wie die Position der Bezirksvertretung Porz sei.

Herr Schneider, SPD, spricht sich für die Verwaltungsvorlage aus, doch bittet er den Beschluss wie folgt zu ergänzen: „Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden weist auf massive Probleme im Zuge der weiteren Bebauung insbesondere des Deutzer Hafens hin und bittet die Verwaltung nachdrücklich ein Verkehrskonzept für die Linie 7 zu erarbeiten.“

Herr Thelen weist darauf hin, dass der Beschluss dann zumindest an die BV 7 zur Kenntnis gehen soll und der Verkehrsausschuss diesen ebenfalls erhalten soll.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und spricht sich dagegen aus, die Stadtbahnlinie 7 ab der Deutzer Brücke am rechtsrheinischen Ufer als Hochbahntrasse weiter zu verfolgen.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden weist auf massive Probleme im Zuge der weiteren Bebauung insbesondere des Deutzer Hafens hin und bittet die Verwaltung nachdrücklich ein Verkehrskonzept für die Linie 7 zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2 Mitteilungen

2.1 Eingabe nach § 24 GO NRW - Beitragssatzung für Elternbeiträge, Az: 254/19 3975/2019

2.2 Reduzierung von Feinstaub und CO2-Belastung hier: Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden in der Sitzung vom 29.10.2019, TOP 1.5, Vorlagen-Nr. 2704/2019 3989/2019

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.1.1 Sachstand Beschluss Fußgängerbeauftragter

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, erinnert daran, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden den Fußgängerbeauftragten beschlossen habe. Das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung habe den Vertreter des Fahrradbeauftragten als Fußgängerbeauftragten benannt. Die Intention sei gewesen, dass es einen unabhängigen und eigenständigen Fußgängerbeauftragten gebe. Dies bittet er im Sinne des Beschlusses des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden, nochmals an die Fachverwaltung weiterzugeben.

Herr Hauser, Grüne, berichtet, dass dies in der AG Senioren ausführlich diskutiert wurde. Überparteilich wurde deutlich, dass der Beschluss nicht so ernst genommen werde. Man halte immer häufiger, gerade von älteren Menschen, die Nachricht, dass sie sich nicht sicher fühlen, daher müsse man die Urbewegung, das zu Fuß Gehen, mehr schützen. Den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden sowie des Rates solle man in der Verwaltung so ernst nehmen, wie er gedacht gewesen sei.

Herr Schuiszill, CDU, führt aus, dass es verschiedene schwächere Verkehrsteilnehmer gebe. Die Interessenkollision wie bei dem Vertreter des Fahrradbeauftragten sehe er bei dem Behindertenbeauftragten nicht. Dieser müsse sich ohnehin auch um den Verkehrsraum kümmern, vielleicht könne man darauf hinwirken.

Herr Nigman, Seniorenvertreter, berichtet vom Runden Tisch Radverkehr in Ehrenfeld. Auf die Frage wer die Belange der Fußgänger bei der Neuplanung von Radfahrtschnellwegen usw.

wahrnehme, meldete sich der Verantwortliche für den Radverkehr. Diesen habe er dann gefragt, ob er schuld daran sei, dass Fußgänger an bestimmten Kreuzungen gar nicht mehr kreuzen können, weil nicht mehr vorgesehen sei, dass sie dort Platz finden. Alle Kölner gingen zu Fuß, dies sei eine Gruppe von über einer Million Einwohner, das könne man nicht abtun. Es müsse bei Planungen darauf Rücksicht genommen werden, wie Fußgänger durch den Verkehr kommen.

3.2 Schriftliche Anfragen